DIE **THÜRINGENGESTALTER**

Vereinsblatt DIE **THÜRINGENGESTALTER**
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

3. Ausgabe 2019

Es ist nicht egal, wer regiert – eine kommunalpolitische Bilanz

Von Frank Kuschel

Die Thüringer Kommunen hatten 2018 rund 700 Millionen Euro mehr zur Verfügung als noch 2014, die Straßenausbaubeiträge sind abgeschafft. Künftig sind zwei Kindergartenjahre beitragsfrei. Fast die Hälfte aller Gemeinden hat die Chancen der Freiwilligkeit bei der Gebietsreform genutzt und sich neu gegliedert. Eisenach und der Wartburgkreis fusionieren. Das Alter bei den Kommunalwahlen wurde auf 16 Jahre herabgesetzt. Thüringen hat seit 2016 die modernsten Regelungen für die direkte Demokratie. Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide waren noch nie so einfach auf den Weg zu bringen, wie derzeit in Thüringen.

Es ist also nicht egal, wer in Thüringen regiert.

Im Koalitionsvertrag hatten sich Ende 2014 LINKE, SPD und Grüne unter anderem darauf verständigt, die Finanzlage der Thüringer Kommunen zu verbessern, die direkte Demokratie weiter auszubauen und das Kommunalrecht weiterzuentwickeln. Zudem sollten durch eine umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform leistungsfähige und bürgernah arbeitende Kommunalstrukturen entstehen.

Auch wenn nicht alle Vorhaben umgesetzt werden konnten, kann sich nach fast fünf Jahren die kommunale Bilanz von Rot-Rot-Grün durchaus sehen lassen.

Neben den eingangs genannten Projekten hat Rot-Rot-Grün den kommunalen Finanzausgleich gerechter gestaltet. So erhalten nun erstmalig die Kurorte in Thüringen einen zusätzlichen Finanzausgleich. Die Orte über 10.000 Einwohner erhalten ebenfalls mehr Landeszuweisungen. Hier hat Rot-Rot-Grün eine seit 2002 bestehende Ungleichbehandlung aufgehoben. Ebenfalls wurden die zweckgebundenen Erstattungen für die Kindergärten deutlich angehoben und der Betreuungsschlüssel verbessert.

Durch das neue Schulgesetz hat Rot-Rot-Grün die gesetzliche Voraussetzung für den Erhalt fast aller 800 Schulstandorte in Thüringen geschaffen. Erstmalig kann durch die Kooperation von kleineren Schulen deren Schließung verhindert werden.

Wer zieht ein nach der Wahl? Staatskanzlei in Erfurt *Foto: pixabay*

In fünf Jahren hat Rot-Rot-Grün rund 450 Millionen Euro in Schulen investiert. Von 2009 bis 2014 waren es bei der CDU nur rund 150 Millionen.

Seit 2019 gibt es in Thüringen ein Azubi-Ticket für Schüler und Auszubildende. Für 50 Euro im Monat können damit in Thüringen die Busse und Bahnen genutzt werden. Das Land bezuschusst dieses Ticket mit rund 150 Euro pro Ticket und Monat.

Ab 2020 übernimmt das Land nahezu alle Kosten für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung, wofür eigentlich die Kommunen zuständig sind.

Auch hat Rot-Rot-Grün die Kleinkläranlagenproblematik im ländlichen Raum entschärft. In Siedlungsgebieten ab 200 Einwohner müssen zwingend die Abwasserzweckverbände die Abwasserentsorgung über öffentliche Anlagen sichern. Bei Gebieten mit unter 200 Einwohner können die Zweckverbände von den Grundstückseigentümern nur dann die Errichtung einer eigenen Kleinkläranlage fordern, wenn der Anschluss an eine öffentliche Anlage überhöhte Kosten verursacht oder wasserwirtschaftlich begründet ist. Die Landesförderung für die Kleinkläranlagen wurde von 1.500 auf 2.500 Euro pro Anlage erhöht. Erhöht wurden auch die Fördermittel für öffentliche Abwasseranlagen.

Im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge können die Gemeinden mit jährlichen Erstattungen durch das Land in Höhe von rund 25 Millionen Euro rechnen.

Seit 1995 waren die Höchstsätze für die Aufwandsentschädigung der Gemeinde- und Stadträte sowie der Kreistagsmitglieder unverändert. LINKE, SPD und Grüne haben diese Entschädigungszahlungen um 30 Prozent erhöht und erstmals eine Untergrenze für die Aufwandsentschädigung eingeführt.

Zwei Punkte aus dem Koalitionsvertrag, die die Kommunen betreffen, sind bisher nicht vollständig umgesetzt und somit Aufgaben für die nächste Legislaturperiode.

Dies betrifft die Fortsetzung der Gemeinde- und Kreisgebietsreform. Das Freiwilligkeitsprinzip sollte hier weiter gelten. Bei der finanziellen Förderung freiwilliger Neugliederung sollte aber strenger als bisher die inhaltlichen Vorgaben des Leitbildes beachtet werden.

Bei den Landkreisen deuten sich bisher keine freiwilligen Neugliederungsmaßnahmen an. Die immer wieder diskutierte Alternative der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen kommt auch nicht so richtig zur Wirkung.

Den Preis der jetzigen Landkreisstruktur zahlen die kreisangehörigen Gemeinden über erhöhte Kreisumlagen und die Bürgerinnen und Bürger über erhöhte Gebühren und Entgelte. Das Land wird auch nicht dauerhaft in der Lage sein, die Strukturdefizite bei den Landkreisen durch erhöhte Landeszuweisungen teilweise abzufinanzieren.

Offen ist auch das Projekt der Fortentwicklung des Kommunalrechts. Hierzu sollte die Thüringer Kommunalordnung überarbeitet werden. Ziel war ein stärkeres Maß an Transparenz, z.B. durch die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen und die Stärkung der Gemeinde-/Stadträte bzw. der Kreistage.

Auch diese Aufgabe bleibt für die Zeit nach der Landtagswahl.

Zur Landtagswahl wird also auch entschieden, ob der Reformprozess bei den Kommunen fortgeführt werden wird. CDU und AfD haben seit 2014 nahezu alle Vorhaben von Rot-Rot-Grün abgelehnt und damit signalisiert, dass sie keinen Reformbedarf sehen. Für Rot-Rot-Grün ist aber klar, die begonnen Reformen müssen fortgesetzt werden. Nur so können die Kommunen die künftigen Herausforderungen meistern.

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Klug und kreativ für die Zukunft
Lena Saniye Güngör (25 Jahre) sitzt jetzt im Stadtrat in Jena

Seite 3:

Schulsanierung statt Mieterschutz?
Bürgerbegehren will Ausverkauf der Erfurter KoWo verhindern

Seite 4:

Klimapolitik links und kommunal
Starke Kommunen können Lösungen für Klimaprobleme entwickeln

Durchdacht, klug und kreativ die Zukunftsthemen angehen

*In der Rubrik „Junge Kommunalpolitiker*innen vorgestellt“ lernt ihr heute **Lena Saniye Güngör** kennen. Die gebürtige Dortmunderin ist 25 Jahre alt und wohnt seit vier Jahren in Jena. Zur Kommunalwahl führte sie die Partei DIE LINKE im Kommunalwahlkampf in Jena als Spitzenkandidatin an.*

Wie bist du in die Kommunalpolitik gekommen?

Ich bin lange außerparlamentarisch aktiv gewesen, auch zu unterschiedlichen Themen, z.B. in Bildungsinitiativen, aber auch ganz viel im Kampf gegen Rechts. In der aufkommenden Pegida-Zeit war das ein festgesetzter Termin in der Woche, wie ein Unisportkurs: ein Mal in der Woche auf die Straße gehen, um ein klares Signal für eine offene und bunte Gesellschaft zu setzen.

Ich habe mich immer gern und viel mit politischen Themen auseinandergesetzt und hatte irgendwann das Gefühl, dass alles, was ich außerparlamentarisch mache, wichtig und wertvoll, aber auch in sich begrenzt ist. Das war der Moment, in dem ich mich dafür geöffnet habe, parteipolitisch aktiv zu werden. Im Zuge der Bundestagswahl 2017 habe ich ein Praktikum im wissenschaftlichen Dienst des Bundestages gemacht. In einem so hochpolitischen Raum zu so einer hochpolitischen Zeit kann man sich dem dann kaum noch entziehen. Ich bin dann in DIE LINKE eingetreten und habe noch die letzte Woche vom Wahlkampf auf Bundesebene mitgemacht. Nach dem Praktikum bin ich dann zurück nach Jena und habe angefangen, mich im Kreisverband einzubringen.

Ich hatte dann die Möglichkeit, im Kommunalwahlkampf in Jena als Spitzenkandidatin für DIE LINKE aktiv zu sein. Gleichzeitig kandidierte ich als Ortsteilmeisterin Jena-Zentrum. Damit habe ich die ersten Erfahrungen in der Kommunalpolitik gesammelt. Jetzt geht die inhaltliche Arbeit los und da freue ich mich drauf!

War es schwer für dich, in deinem jungen Alter von den Wählern und den anderen Kandidierenden ernst genommen zu werden?

Ich denke, dass ich am Anfang, gerade in der Kombination aus Geschlecht und Alter, schon gucken musste, wie ich mich positioniere. Ich habe aber auch im Wahlkampf gemerkt, dass alle Leute, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei, mit denen ich politisch in Kontakt getreten bin, gemerkt haben, dass sie mich ernst nehmen sollten, unabhängig von den restlichen Kriterien, die ich erfüllen oder nicht erfüllen mag. Ich glaube, dass mittlerweile ein Bewusstsein und eine Wechselstimmung dafür da ist, wer eigentlich repräsentativ für eine Gesellschaft ist: Wie

Foto: DIE LINKE.Jena

sieht unsere Gesellschaft aus und wie sehen die Personen aus, die an den Tischen sitzen, an denen es darauf ankommt? Das ist für mich ein unheimlicher Motivator zu sagen: An die Tische gehöre ich, genauso sehr wie viele andere, auch – und es gibt keinen Grund, warum ich da nicht sitzen sollte. Dass ich mit den zweitmeisten Stimmen in den Jenaer Stadtrat einzogen bin, hat mir gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler mich anerkennen und dass sie von mir als Person für diese Partei mit diesem Programm etwas halten – unabhängig davon, ob ich jung bin oder nicht.

Was sind die politischen Themen, für die du dich einsetzen willst?

Im Jenaer Stadtrat ist die Frage nach der Wohnungssituation ein zentrales Thema. Jena ist eine Stadt, die wächst, eine sehr attraktive Stadt für junge Menschen, in der aber kaum noch Wohnraum existiert, der für viele bezahlbar ist. Damit einher geht natürlich die Frage nach Mobilität. Wenn ich nicht das Privileg habe, in zentraleren Bereichen zu wohnen, und trotzdem zur Arbeit, zur Uni, zur Ausbildung pendeln muss, ist natürlich die Frage, wie gestalte ich den ÖPNV kostengünstig und attraktiv, so dass er eine reelle Alternative zum Individualverkehr ist. Als dritten großen Schwerpunkt würde ich das ökologische Thema benennen, bei dem wir eben auch die gleichen Spaltungslinien sehen wie bei den Themen davor.

Als übergeordnetes Ziel möchte ich mich, egal auf welcher politischen Ebene, dafür einbringen, dass wir eine solidarische Gesellschaft miteinander leben und pflegen und möchte mich ganz klar gegen die soziale Spaltung positionieren. Gegen soziale Spaltung heißt auch immer gegen Rechts – ein ganz klares Zeichen in einer offenen und bunten Stadt wie Jena.

Wie vereinbarst du dein politisches Engagement mit deinem Berufs- und Privatleben?

Ich halte das gerade für junge Menschen für eine wesentliche Herausforderung. Kommunalpolitik ist zeitintensiv und bezieht sich auf einen ganz bestimmten Ort. Das heißt, alles was Mobilität angeht, weil man vielleicht auch mal beruflich unterwegs ist oder durchs Studium mal ein Auslandssemester einlegt oder ein Praktikum macht, muss mit eingeplant und berücksichtigt werden, damit trotzdem junge Menschen die Gelegenheit haben, sich einzubringen. Das ist eine strukturelle Frage, die man nicht mal eben ändert.

Es ist aber auch eine Frage der Einstellung. Ich mache zur Zeit sehr viel, weil ich voll berufstätig bin und es gibt trotzdem Zeit, mal eine Netflix-Folge zu gucken. Die Frage ist nur, wie viele Folgen sind es dann an einem Abend. Man muss sich dabei immer wieder mit seinen Idealen auseinandersetzen und sagen „mein Tag hat 24 Stunden, was ist es mir eigentlich wert und womit möchte ich meine Zeit verbringen“. Natürlich muss man sich auch weiterhin Zeit für ein Privatleben und soziale Beziehungen einräumen. Das ist wesentlich, um daraus die Kraft zu ziehen, die man ganz aktiv und konkret in die Politik steckt.

Warum, meinst du, gehören gerade junge Menschen in die kommunalen Parlamente?

Natürlich gehören gerade junge Generationen dahin. Sie haben die Entscheidungen zu tragen, die wir in der Wohnungspolitik, in der Bildungspolitik, in der Finanzpolitik, in Bezug auf den Klimawandel und allen Auswirkungen davon treffen. Das sind Entscheidungen, die jetzt getroffen werden und die uns in mehreren Jahrzehnten alle beeinflussen werden. Dafür braucht es die entsprechenden Köpfe und es ist politisch eine Form von Empowerment. Als klares Signal „ich gehöre hier hin und meine Stimme ist genauso viel Wert wie alle anderen Stimmen. Ich kann mich durchdacht, klug und kreativ mit Themen auseinandersetzen die zukunftsrelevant sind.“

Allein dafür ist es total hilfreich, eine ausgewogene Mischung zu haben. Es geht nicht darum, dass bestimmte Leute nicht in der Politik sein sollen, sondern dass alle die Gelegenheit haben, sich in dem Format und dem Maße parlamentarisch und außerparlamentarisch einzubringen, wie es für die entsprechenden Personen lebbar ist.

Welchen Tipp würdest du jungen Menschen geben, die überlegen, in die Kommunalpolitik einzusteigen?

Ich denke, es ist hilfreich, wenn man für sich weiß, warum man das alles macht. Denn es geht ganz viel Zeit und Energie drauf, man lässt auch die ein oder anderen Nerven. Wenn man trotz und gerade deshalb dabei bleibt und sagt, das sind meine Herzensthemen, das motiviert mich, das sind Inhalte, die ich zu wichtig finde, um sie immer den anderen zu überlassen, sondern die möchte ich selbst bearbeiten, ich möchte selbst den Ort in dem ich lebe mitgestalten, dann ist die Kommunalpolitik ein sehr guter Weg, um das zu tun.

Dabei ist es ganz wesentlich, sich innerhalb und außerhalb der Politik zu vernetzen. Ein freundschaftliches Netz zu schaffen, in dem man sich wohl und sicher fühlt, in dem man auch politische Fragen diskutieren kann. Der Tipp wäre ganz konkret, die Debatten, die man sonst vielleicht bei einem Glas Rotwein mit seinen engsten Freunden führt, wie das System eigentlich aussehen und verändert werden sollte, ganz erlebbar und erfahrbar zu machen, indem man sich auch ohne Rotwein dran setzt und die Punkte bearbeitet, die von Relevanz sind.

Bürgerbegehren zu Erfurter Wohnungsgesellschaft KoWo gestartet

Von Matthias Bärwolff

Foto: DIE LINKE.Erfurt

Seit rund zwei Jahren wird in Erfurt die Schulsanierung diskutiert, nun streitet ein Bürgerbegehren für die Eigenständigkeit der Wohnungsbaugesellschaft KoWo, mit deren Übertragung in die Erfurter Stadtwerke (SWE) die Vorhaben finanziert werden sollen. Der Finanzbedarf für die Investition wird auf rund 450 Millionen Euro geschätzt, dabei sollen die Schulgebäude binnen zehn Jahren saniert sein. Parallel zu den Diskussionen um den Schulnetzplan wird in Erfurt nun über die Finanzierung dieser Summe gestritten. Der Schulnetzplan ist mittlerweile beschlossen, die Finanzierung der Schulsanierung hingegen aber noch völlig offen. Auch DIE LINKE mischt sich im Stadtrat in die Debatte ein und stellt das Finanzierungsmodell des Oberbürgermeisters in Frage.

Der Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) will einen städtischen Eigenbetrieb zur Schulsanierung gründen. Dieser soll die Schulsanierung federführend koordinieren, die Finanzierung sicherstellen und sich um Kredite sowie Fördermittel bemühen. Die angestrebte Ausstattung mit Eigenkapital wurde in den ersten Überlegungen mit einem Drittel angeben, bei 450 Millionen Euro die stolze Summe von 150 Millionen Euro, die die Stadt aufbringen muss.

Teil dieses Plans ist die Einlegung der KoWo, immerhin eine 100-prozentige städtische Tochter, in die Erfurter Stadtwerke. Die Stadtwerke Erfurt sollen für das Unternehmen KoWo 40 Millionen Euro, eine Art Kaufpreis, der nicht so heißen darf, an die Stadt zahlen. Diese 40 Millionen sollen in das Eigenkapital fließen. Parallel hat der Stadtrat Grundstücke und Immobilien im Wert von rund 30 Millionen Euro an die KoWo zur Entwicklung und Veräußerung gegeben. Flächen, die aus Sicht des Oberbürgermeisters geeignet sind, Gewinne bei einem Verkauf oder einer Wohnungsbebauung abzuwerfen. Soweit die Pläne des SPD-Oberbürgermeisters. Damit kommen aber nur 70 der geforderten 150 Millionen Euro zustande.

Kritik an diesen Plänen kommt aus verschiedenen Richtungen. Insbesondere die Mieter*innen der KoWo meldeten Bedenken an. Sie fürchten, letztlich die Schulsanierung über höhere Mieten und Nebenkosten zu bezahlen. Diese Sorgen sind nicht ganz unberechtigt, fließen doch bei diesem Geschäftsmodell enorme Gelder zwischen KoWo, Stadtwerken und Stadt, die auch ganz real erwirtschaftet werden müssen. So können die Stadtwerke die 40 Millionen Euro, die für die Einlage der KoWo fällig werden, nicht aus den Rücklagen nehmen, sondern müssen dafür aller Wahrscheinlichkeit nach Kredite aufnehmen, die dann mit Zins und Zinseszins zu bedienen sind. Die Refinanzierung dieser Kredite wird aus der KoWo erfolgen, denn deren Einlage in die SWE soll ja bezahlt werden.

Kritische Nachfragen der Linken im Stadtrat blieben bislang vom Oberbürgermeister unbeantwortet. Stattdessen zog die Stadtverwaltung eine Drucksache zur Gründung des Eigenbetriebs wieder zurück, nachdem es auch aus der Verwaltung selbst erhebliche Kritik gab. Auch das Grundstücksgeschäft wird kritisiert. Der Druck, mit diesen Immobilien Gewinne zu erzielen, steht nach Ansicht der LINKEN Stadtratsfraktion dem Ziel einer sozial verträglichen und in kommunaler Verantwortung betriebenen Wohnungspolitik entgegen. Zudem treiben die höherpreisigen Neubauprojekte den Mietspiegel weiter in die Höhe, zu Lasten zahlreicher Mieter*innen. Wer aber mit der städtebaulichen Entwicklung von Grundstücken sein Geld verdient, wird sich nicht an der Richtlinie für die angemessenen Kosten der Unterkunft orientieren. So zeigen derzeitige Wohnungsneubauprojekte, dass Mietpreise unter acht Euro pro Quadratmeter Kaltmiete die Ausnahme sind, von Nebenkosten ganz abgesehen.

Die Initiator*innen des Bürgerbegehrens haben also allen Grund, die Pläne des Oberbürgermeisters skeptisch zu betrachten. DIE LINKE Stadtratsfraktion wird sie in ihrem Anliegen weiter unterstützen. Gemeinsam mit anderen Fraktionen macht sich DIE LINKE für eine alternative Finanzierung aus dem laufendem Haushalt und über einen längeren Zeitraum stark.

Neuer Lesestoff

Im Sommer hat sich einiges getan: Unser Sortiment wurde um zwei Publikationen erweitert.

Eine unserer neuesten Broschüren ist „Arbeit mit Hauptsatzungen und Geschäftsordnungen“ von Frank Kuschel. Sie stellt dar, welche Gestaltungsmöglichkeiten die kommunalen Mandatsträger*innen bei der eigenen Hauptsatzung oder Geschäftsordnung haben. Darüberhinaus wird ein Überblick über die gesetzlichen Grundlagen und Vorschriften gegeben. Eine spannende Lektüre für den Einstieg in die Kommunalpolitik – aber auch für erfahrene Kommunalpolitiker sind viele interessante Informationen dabei. Dieses Heft ist kostenlos.

Die Rot-Rot-Grüne Landesregierung hat auf der kommunalen Ebene viele Dinge vorangebracht. Diese Änderungen haben uns dazu veranlasst, gemeinsam mit unseren Autoren Frank Kuschel und Stefan Wogawa eine aktualisierte Auflage unseres „ABC zur Thüringer Kommunalordnung“ herauszugeben. Von A wie Akteneinsicht bis Z wie Zweckverband sind alle wichtigen Begriffe, Konzepte und Regelungen der Kommunalpolitik erklärt. Das Büchlein ist für unsere Mitglieder kostenlos – für alle anderen erheben wir eine kleine Schutzgebühr von fünf Euro.

Beide Publikationen können bei uns per Email bestellt werden. Meldet euch unter:

info@thueringengestalter.de

Klimapolitik – links und kommunal

Von Ralph Lenkert

Forderungen nach anderer Klimapolitik – Fridays for future in Erfurt *Foto: T. Holzmann*

Klimapolitik ist in aller Munde. Ideen zum Klimaschutz gibt es genug, aber viele verweisen auf schlimmere Verursacher, Maßnahmen bei Anderen und sehen sich selbst, wegen des geringen prozentualen Eigenanteils, nicht in der Pflicht. Der Klimawandel kommt, er ist nicht mehr zu verhindern, es ist sinnlos, sich über den Anteil einzelner Länder oder der Menschheit an der Erderwärmung zu streiten.

Klar ist auch: Am meisten werden die sozial Schwachen leiden. Millionäre können ausweichen und umziehen, sich notwendige Technik leisten, die normale Bevölkerung nicht. LINKE kommunale Klimapolitik muss den globalen Temperaturanstieg so gering wie möglich halten und sich an die veränderten Extremwetterlagen und das wärmere Klima anpassen.

Die wichtigsten kommunalen Handlungsfelder sind Energie, Wohnen, Verkehr und Stadtplanung.

„Energieerzeugung so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig", soll die Prämisse lauten. Geeignete öffentliche Gebäude sollen Energie liefern, zusammen mit Wärmepumpen sichern sie effizientes Heizen. Kraft-Wärme gekoppelte Stromerzeugungsanlagen erzeugen aus Biogas und nachwachsenden Brennstoffen grünen Strom bei Dunkelflauten liefern sie die Wärme für Wärmenetze. Diese Verknüpfung gelingt am besten in kommunalen Unternehmen.

Das Thema Bau sorgt für Spannungen. Am klimafreundlichsten ist es, Bausubstanz zu erhalten und zu sanieren, statt neu zu bauen. Doch Dorfkerne zerfallen, Kleinstädte verlieren massiv Einwohner und Ballungszentren wachsen immer schneller. Dies ist das Ergebnis von Profitstreben der Wirtschaft und Sparzwang in öffentlichen Haushalten. Statt nur neue Wohngebiete zu erschließen, sollten Kommunen die Sanierung leerstehender Gebäude fördern. Der Erhalt der sozialen Infrastruktur vom Kindergarten über Schulen bis hin zu Sportanlagen und Freibädern verbindet Menschen mit ihrer Region. Wenn zum Beispiel in Gera 1.000 Wohnungen nicht leer stehen, könnte das den Neubau von 1.000 Wohnungen in Jena überflüssig machen. Das funktioniert nur, wenn man problemlos innerhalb von 30 Minuten zwischen Arbeit und Wohnung in verschiedenen Orten pendeln kann, mit öffentlichen Verkehrsmitteln und rund um die Uhr.

Da sind wir schon beim Verkehr: Eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, zuverlässig, bequem, ausreichend oft und mit einfachen, niedrigen Tarifen bringt Menschen zum Verzicht auf den PKW und führt langfristig zu geringeren Kosten für Instandhaltung von Straßen, zu weniger Schadstoffen, Lärm und CO_2-Ausstoß. Elektrifizierung von Bussen und Bahnen ist ein wichtiger Baustein, aber gerade im Bereich des ÖPNV können Antriebe mit Wasserstoff oder Biokraftstoffen sinnvolle Beiträge zum Klimaschutz leisten.

Stadtplanung wird wichtiger. Stadtgrün wirkt gegen die Hitze, aber verdorrt bei extremer Trockenheit. Gleichzeitig wachsen die Gefahren durch Starkregen. Warum eigentlich statt einfacher Rückhaltebecken und Deiche nicht auch mal Zisternen planen? Bei Starkregen speichern diese Wasser, welches dann Grünanlagen bei Dürre bewässert.

Es ist besser, zwischen Parks höhere Punkthäuser zu bauen statt flächendeckende Wohnanlagen. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, dass man ohne höhere Kaltmiete pro Quadratmeter in kleinere Wohnungen ziehen kann. Dritt- und Viertwohnungen, Luxuswohnflächen mit mehr als 130 Quadratmeter pro Bewohnerin müssen Extra-Grundsteuer kosten. Nur so kann der vorhandene Wohnraum effektiv genutzt und verhindert werden, dass der durchschnittliche Wohnraum pro Person, der mittlerweile auf 47 Quadratmeter angestiegen ist (2017), weiter wächst und parallel Wohnungsnot zunimmt.

Stadtplanung kann viel erreichen, z.B. lebenswerte Städte mit wenig Verkehr, sie kann sozial-ökologisch sein durch den Einsatz vor Ort und bessere Gesetze im Bund. Für beides steht die LINKE und kämpfe ich.

Wir machen dich fit für die Kommunalpolitik

Als politischer Bildungsträger bieten wir verschiedene Schulungen an, die für den politischen Arbeitsalltag nützlich sind. Sie können jederzeit per E-Mail bei uns angefragt werden.

Zu Beginn einer jeden Legislatur gibt sich das jeweilige Kommunalparlament eine eigene Geschäftsordnung. Wie man mit dieser richtig arbeitet und welche Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden sind, könnt ihr in unserem Seminar **Arbeiten mit Geschäftsordnungen** erfahren.

Die kommunalen Finanzen sind das wichtigste Instrument der Kommunalpolitik. Egal in welchem Ressort, Ausschuss oder Arbeitskreis mitgearbeitet wird: An der Beschäftigung mit Zahlen und Finanzen führt kein Weg vorbei. Da sich die genaue Situation der Kommunalfinanzen von Kommune zu Kommune häufig unterscheidet, bieten wir das Seminar **Kommunalfinanzen** mit einem ganz individuellen Zuschnitt an.

Zu guter Kommunalpolitik gehört es, die Informationen über die eigenen Standpunkte, Meinungen, Ideen und natürlich über die Erfolge an die Bevölkerung zu bringen. Um sicher viele Menschen zu erreichen, bietet es sich nach wie vor an, mit Journalist*innen vor Ort zu reden oder ihnen Pressemitteilungen zuzuschicken. In unserem Workshop **Pressemitteilung** geht es darum, die eigenen Fähigkeiten für das Schreiben eines solchen Formates, aber auch für andere Textformen, zu verbessern.

Fit fürs Kommunale *Foto: pixabay*

Durch die kommunalpolitische Arbeit treten die Mandatsträger*innen in zunehmenden Maße an die Öffentlichkeit, um ihre Positionen darzustellen und zu begründen. Die freie Rede und das souveräne Verhalten sind von besonderer Bedeutung, um die Menschen mit den eigenen Standpunkten zu erreichen. Um dies zu trainieren bieten wir ein **Argumentationstraining** an.

Sie interessieren sich für die Vereinsaktivitäten oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Die THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
Mail: info@thueringengestalter.de
www.thueringengestalter.de

Die Thüringengestalter erhalten als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).